

AL Info ⁶/₁₅

3 Ladina Barbadimos erzählt im Interview, wo sie ihre Energie für ihr grosses Engagement herholt.

4 Daniel Meier vom Initiativkomitee erklärt uns, was die Vollgeldinitiative will.

5 TISA/TTIP: Die beiden Abkommen schränken den service public und die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ein. Ein Überblick.

AZB
CH-8026 Zürich
Post CH AG

NR-Wahlen 15: Schade!

Wir sind uns alle einig: Schade, haben wir den Sitz im Nationalrat nicht geholt und doppelt schade, weil es noch nie so einfach gewesen wäre.

Wir sind auf hohem Niveau gestartet, durch den Erfolg der Kantonsratswahlen lag die Messlatte bei 2.98% Wahlanteil ziemlich hoch. 8533 Wählerinnen und Wähler legten im Frühling unsere Liste ein, 8555 waren es diesmal. Nominal haben wir also um 22 Wählende zugelegt. Leider macht das bei 1.5-facher Wahlbeteiligung einen Wahlanteil von nur noch 2.01% aus. Für den Sitz fehlten 0.37% oder 1560 zusätzliche Leute, die unsere Liste eingeworfen hätten. Wir haben es also geschafft, unser Kernelektorat zu mobilisieren, mehr aber nicht. Damit liegen wir im Trend vergangener Nationalratswahlen. Seit der Stadtratsersatzwahl 2013 hat die AL zugelegt, gegenüber 2011 haben wir den Wahlanteil in der Stadt Zürich massiv gesteigert: Kreis 12 +128%, Kreis 7/8: 90%, der tiefste Wert mit +51% im Kreis 6 immer noch extrem hoch.

Faktoren für die Nichtwahl

Wir sind mit einem dreifachen Handicap angetreten: Wir waren nicht im Nationalrat vertreten und gehören keiner nationalen Partei an. Dadurch wurden wir medial schlechter wahrgenommen, da der Fokus auf den bereits im Nationalrat vertretenen Parteien liegt, was in Kombination mit der Tendenz, bei nationalen Wahlen die grossen Bundesratsparteien zu wählen nicht gerade förderlich ist. Zumal die Wahlen im Zeichen wirtschaftlicher und ausserpolitischer Verunsicherungen und Ängste standen und sich dadurch der Trend, FDP, SVP und SP zu wählen, verstärkte.

Eine weitere Folge davon ist, dass potentielle AL-Wählerinnen und Wähler ihre Stimme für die AL als verloren fürchteten und daher die sichere Seite und somit SP wählten. Hier haben wir es nicht geschafft, die Botschaft nachhaltig zu platzieren, dass aufgrund der Listenverbindung mit SP und Grünen keine Stimme der Linken verloren geht. Der Wahlausschuss ist sich im Nachhinein sicher, dass die SP dank der Kandidatur Jossitsch profitiert hat, und wir mit einer eigenen Ständeratskandidatur von grösserer Aufmerksamkeit profitiert hätten.

Grosse links-alternative Konkurrenz

Wir sind in der Flut von 35 Listen untergegangen. Unser Wahlanteil reduziert sich ebenfalls traditionsgemäss bei nationalen Wahlen, weil zusätzliche Parteien aus dem alternativ-linken Spektrum mit eigenen Listen zur Wahl antreten. Besonders entscheidend bei diesen Wahlen war die Liste Kunst + Politik, welche 2307 Wählerinnen und einen Wahlanteil von 0.54% verbuchen konnte. Wir gehen davon aus, dass viele davon auf bisherige oder potentielle AL-Wähler entfielen.

Keine neuen WählerInnen mobilisiert

Wir haben es nicht geschafft, neue Wählersegmente zu erschliessen. Einerseits sehen wir die Gründe dazu in der bescheidenen Begeisterung für Nationalratswahlen im Allgemeinen: Das Mitmachen für eine nationale Wahl ist für viele weiter weg, als das bei den Kantonsratswahlen der Fall war. Im Speziellen ist nach vier Wahlgängen in nur 2.5 Jahren bei vielen Aktiven eine Wahlkampfmu-

digkeit zu spüren. Kommt hinzu, dass die Kantonsratswahlen erst gerade diesen Frühling stattgefunden haben und die Sommer- und noch stärker die Herbstferien die Phase des Wahlkampfes ungünstig unterbrachen. Zudem ist die Aussicht auf einen einzelnen Sitzgewinn nicht gerade motivierend für die 34 anderen Kandidierenden auf der Liste. Ein Spitzenkandidat reicht nicht, um den Wahlkampfkarren zu ziehen, da sind 5 oder gar 9 Spitzenkandidierende plus die wichtigen Zweitplatzierten weitaus effizienter. Dass wir weniger gut mobilisieren konnten, hat sich auch an folgenden Faktoren gezeigt: Es war schwieriger, das budgetierte Geld von 110000 Franken zu sammeln. Wir haben ein Defizit von rund 12000 Franken.

Auch fanden weniger Standaktionen statt und wir haben rund 70000 Flyer weniger verteilt als bei den Kantonsratswahlen. Lediglich online konnten wir das Niveau der Kantonsratswahlen noch überbieten.

Grossen Dank für die Unterstützung

Wir werden die Lehren aus dieser Bilanz ziehen müssen. Das Wichtigste ist wohl aber, dass wir uns jetzt wieder voll in die inhaltliche Arbeit stürzen, bei den wichtigen Themen dran bleiben und unsere Politik weiterhin erfolgreich vorantreiben. Denn 8555 Wählerinnen und Wähler sind letztlich doch ein Beweis dafür, dass es Alternativen braucht. Ihnen allen und den unzähligen Helferinnen und Helfern danke ich herzlich für die tatkräftige Unterstützung im Wahlkampf.

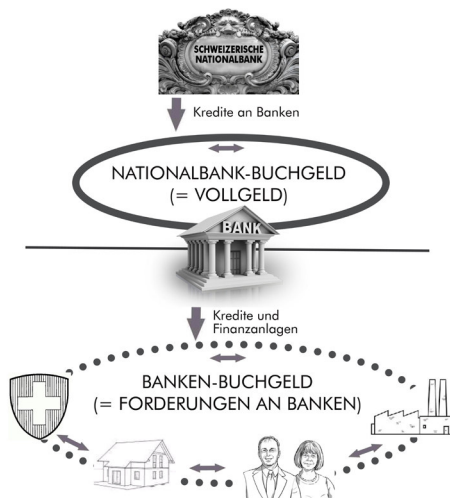
Für den Wahlausschuss
Markus Bischoff

Vollgeld-Initiative

Die Vollgeld-Initiative verwirklicht, was die meisten Menschen heute schon für Realität halten: Allein die Nationalbank erzeugt unser Geld – nicht nur Münzen und Banknoten, sondern auch das elektronische Geld auf unseren Konten. Und die Banken sind zuständig für Zahlungsverkehr, Vermögensverwaltung und Kreditvermittlung. Sie können aber kein eigenes Geld erzeugen.

Vollgeld ist vollwertiges gesetzliches Zahlungsmittel, das von der Nationalbank in Umlauf gebracht wird. Heute sind nur Münzen und Banknoten Vollgeld. Demgegenüber ist elektronisches Geld die Summe aller Zahlen auf unseren Konten.

HEUTE: ZWEI GETRENNTE GELDKREISLÄUFE



Das Buchgeld der Nationalbank kommt nicht in den Wirtschaftskreislauf. Es dient nur dem Zahlungsausgleich zwischen Banken und reguläreren Zwecken. Alles elektronische Geld auf unseren Konten wird von den Banken erzeugt. Nur die Münzen und Geldscheine wandern durch beide Geldkreisläufe.

Dieses virtuelle Geld kommt nicht von der Nationalbank, sondern wird von den Banken erzeugt. Es ist kein gesetzliches Zahlungsmittel, sondern nur ein Versprechen einer Bank, uns bei Bedarf Bargeld auszuzahlen.

Nationalbank erschafft alles Geld

Es ist das Ziel der Vollgeld-Initiative, dass neben Münzen und Noten zukünftig auch unser elektronisches Geld allein von der Nationalbank hergestellt wird. Damit wird es zu Vollgeld, also zu einem vollwertigen gesetzlichen Zahlungsmittel. Dies ist nötig, da Bargeld heute nur noch 10% des gesamten umlaufenden Geldes ausmacht, 90% sind mittlerweile elektronisches Geld.

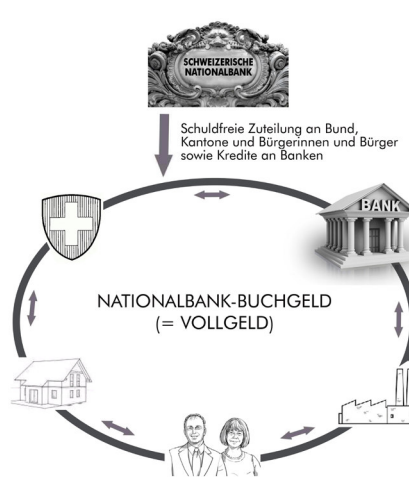
Bis Ende des 19. Jahrhunderts durften die privaten Banken eigene Banknoten drucken. Wir Schweizer haben 1891 den Banken das Drucken von Banknoten verboten und zu einer Aufgabe der Nationalbank gemacht. Durch das Aufkommen des elektronischen Zahlungsverkehrs erhielten die Banken jedoch erneut die

Möglichkeit, eigenes Geld zu erschaffen.

Die heutige Realität entspricht deshalb nicht der Intention der Bundesverfassung und somit der Stimme des Volkes (Art. 99: «Das Geld- und Währungswesen ist Sache des Bundes»). Die Vollgeld-Initiative will das korrigieren und den Banken auch das Schaffen von elektronischem Geld verbieten. Allein die demokratisch kontrollierte, dem Gesamtinteresse des Landes verpflichtete Nationalbank soll elektronisches Geld erzeugen können.

Dann dürfen Banken kein eigenes Geld mehr kreieren, sondern nur noch Geld verleihen, das sie von Sparern, ande-

VOLLGELD: NUR EIN GELDKREISLAUF



Mit der Vollgeld-Reform erzeugt nur noch die Nationalbank elektronisches Buchgeld. Die Banken können nur das Geld verleihen, das Ihnen dafür zur Verfügung gestellt wird. Sie sind Finanzdienstleister, aber keine Geldschöpfer mehr.

ren Banken oder, soweit nötig, der Nationalbank zur Verfügung gestellt bekommen. Banken bleiben trotzdem Banken: Auch mit Vollgeld übernehmen die Banken weiterhin Zahlungsverkehr, Kreditvermittlung und Vermögensverwaltung. Nur die Möglichkeit, selbst Geld zu erzeugen, wird den Banken entzogen.

Ja zum traditionellen Bankgeschäft

Vollgeld fördert folglich das traditionelle und solide Bankgeschäft. Banken können auch mit Vollgeld rentabel und langfristig stabil arbeiten. Die Arbeitsplätze in der Bankenbranche bleiben gesichert. Das zeigt die PostFinance, die erfolgreich wirtschaftet, ohne selber Geld zu erschaffen. Da die PostFinance heute keine volle Banklizenz besitzt, kann sie durch Kreditvergabe kein Geld erzeugen, sondern nur mit Geld arbeiten, das ihr von Sparern oder Banken zur Verfügung gestellt wird; trotzdem machte sie in den letzten Jahren durchschnittlich rund 600 Millionen Franken Gewinn. Auch Versicherungen

und andere Finanzunternehmen arbeiten rentabel, ohne selbst Geld herzustellen.

Ja zur fairen Marktwirtschaft

Das Privileg der Banken, Geld zu erzeugen, kommt ausserdem einer enormen staatlichen Subvention gleich. Sie haben dadurch ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber allen anderen Unternehmen. Diese müssen sich die Mittel für Investitionen zuerst selbst erarbeiten oder zinspflichtig ausleihen. Auch eine Privatperson kann nur so viel Geld ausgeben, wie sie zur Verfügung hat. Banken hingegen arbeiten heute mit Geld, das sie selbst herstellen und verleihen somit Geld, das sie gar nicht haben und kaufen damit sogar Immobilien und Wertpapiere. Eine solche Wettbewerbsverzerrung passt nicht zu einer fairen Marktwirtschaft. Mit Vollgeld werden die Banken allen anderen Unternehmen gleichgestellt. Sie können nur noch mit Geld arbeiten, das ihnen von SparerInnen, anderen Banken oder soweit nötig von der Nationalbank zur Verfügung gestellt wird.

Ja zur Stabilität

Die Investmentbanken experimentieren mit immer risikoreicheren Finanzprodukten und erzeugen dazu übermässig viel Geld: Zwischen 1990 und 2012 wuchs die Geldmenge in der Schweiz fünf Mal schneller als die Wirtschaftsleistung (BIP). Die Folgen sind Spekulationsblasen, zum Beispiel im Immobiliensektor und an den Aktienmärkten. Die deshalb geforderten Eigenkapitalerhöhungen für Banken sind zwar sinnvoll, genügen aber bei weitem nicht.

Nur eine an das Wirtschaftswachstum angepasste Geldmenge gewährleistet die Stabilität der Finanzmärkte und der Realwirtschaft. Das funktioniert nur, wenn die Nationalbank die umlaufende Geldmenge tatsächlich bestimmen kann, indem sie auch alles elektronische Geld erschafft. Die Nationalbank ist im Unterschied zu den Geschäftsbanken dem «Gesamtinteresse des Landes» (Bundesverfassung Art. 99) und der Preisstabilität verpflichtet.

Diese Initiative packt das Grundübel des Geldsystems an der Wurzel. Es handelt sich um die längst fällige, logische Erweiterung des bewährten Bargeld-Systems auf das elektronische Geld.

Daniel Meier, Initiativkomitee

Die Vollgeld-Initiative ist mit über 110 000 Unterschriften zustande gekommen, sie wird am 1.12. eingereicht. vollgeld-initiative.ch